

Reinhart Chr. Bartholomäi

Stadtgesellschaft neu gestalten – Die Botschaft des vhw „... zu vermessen“?

Eröffnungsrede auf dem vhw-Verbandstag 2009 in Frankfurt am Main



Mir ist es auferlegt, den Auftakt zum diesjährigen Verbandstag zu geben. Das ist wie das Vorwort zu einem Buch – dort wird begründet, warum das Buch überhaupt geschrieben wurde und wie es einzuordnen ist. Was ein Vorwort nicht sein soll, ist eine Inhaltsangabe. Ich werde also nichts sagen über Stadtgesellschaft – das steht in dem Buch der nächsten zwei Tage. Ich will begründen, wie sich der vhw in dieser Szene versteht, was er einbringen kann und einbringen möchte. Ich werde also jetzt über „vermessen“ reden und über das Fragezeichen, sozusagen über den Gegenentwurf des Befehles, der fordernd über der Tagung steht.

Ich kann es nicht lassen, Thesen, die mir vorgegeben sind, zuerst in eine andere Sprache zu übertragen, um zu testen, ob sie interkulturell kommunizierbar sind oder nur aus dem Schatz unserer Muttersprache stammen und sich deshalb Fremden nicht leicht oder schnell erschließen. Dichter, Philosophen, aber auch Werbetexter und Schlagzeilenredakteure sind Virtuosen im Umgang mit den Assoziationsbildern der Sprache. Und was stellte sich für mich heraus: „Neuvermessung“ ist ein sehr deutscher Begriff. Engländer und Franzosen würden die Vorsilbe „neu“ nicht spontan gebrauchen, sondern entsprechende Worte mit dem lateinischen „re“=„wieder“ beginnen lassen. Und „Vermessung“ ist dort ein rein geodäsischer Fachbegriff ohne das deutsche zweideutige Adjektiv „vermessen“.

Um mit dem Letzteren anzufangen: Nein, wir wollen als vhw heute nicht ein soziologisches Update von Google Earth präsentieren, obwohl wir aus dem Fundus und mit dem Instrument unserer Milieuforschung durchaus eine Beta-Version basteln könnten. Ich gehe lieber nicht das Risiko ein, vor dem Papst auf diesem Gebiet – Professor Hradil, der gleich nach mir spricht – durch die Prüfung zu fallen. Ich möchte mit Ihnen aber zuerst einen Wiederbesuch („re“) in die Vergangenheit machen, dann versuchen, die Krise der Gegenwart zu beschreiben und uns dabei immer fragen, ob unser Ansatz wirklich vermessen ist.

Als ich vor 53 Jahren 1956 mein Soziologiestudium begann, hatte ich nicht nur heute im Rückblick, sondern schon damals den Eindruck, dass sich die Geisteswissenschaften – besonders jedoch die Politikwissenschaft – in der Bundesrepublik noch ganz unter dem Schock des Nationalsozialismus als bewusstes Instrument der Demokratisierung, ja der Reedukation der

jungen Generation verstanden, wirkten und wirken wollten. Bei mir ist dieser Erziehungsversuch geglückt. Mein Elternhaus war kirchlich geprägt und hat mich vehement gegen den Nationalsozialismus erzogen, aber nicht zum demokratischen Staatsbürger. Dass die Demokratie der Nachkriegszeit eine gesteuerte war und sein sollte, wurde von niemandem als widersprüchlich oder problematisch empfunden. Misstrauen gegen die Weisheit und Rationalität des Volkes brauchte nicht besonders begründet zu werden. Thomas Hobbes' Diktum, dass der Mensch des Menschen Wolf sei, entsprach der bitteren Lebenserfahrung. Unser Grundgesetz kennt im Gegensatz zu vielen älteren Länderverfassungen die Volksabstimmung nicht.

Ich will diese damalige allgemeine Distanz zur Bürgergesellschaft ein wenig vertiefen. Man muss sie auf sich wirken lassen als Kulisse, vor der sich das heutige Geschehen abspielt. Nehmen sie als ganz prägnantes Beispiel den Freiburger Ordoliberalismus. Auf ihn beziehen sich heute viele, die ihn nicht kennen. Es ist gerade heute vor der Kulisse der Wirtschaftskrise daran zu erinnern, dass auch im Feld der Wirtschaftswissenschaft die fast sakralisierte Freiburger Schule des sogenannten Ordoliberalismus, deren Vertreter übrigens alle aus dem Widerstand der protestantischen Bekennenden Kirche stammten, ausgesprochen misstrauisch gegenüber den Exzessen des Marktes und seiner Neigung zu Machtkonzentrationen war. Sie seien nicht geeignet, das Gute im Menschen hervorzubringen. Nirgendwo ist die Anthropologie der Ordoliberalen so ausführlich entfaltet worden wie in der für Dietrich Bonhoeffer erarbeiteten Denkschrift von 1943, die nach dem Krieg auf einem Weltkirchentag zur Nachkriegsordnung vorlegt werden sollte und die ihre Verfasser nach dem 20. Juli 1944 in Haft und Lebensgefahr brachte. Hier ein paar Originalzitate:

- „Der Mensch ist aus der Gnade gefallen und von selbst-süchtigen Trieben beherrscht; er bedarf darum des Zwangs und der Strafe. Aber er hat das sittliche Bewusstsein keineswegs völlig verloren; er bedarf freilich der Ausrichtung, Klärung, Festigung, Erziehung.“
- „(...) die Wirtschaftsordnung (sei) so einzurichten, dass sie ‚den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde ermöglicht‘ und dass ‚es den Wirtschaftenden nicht unmöglich gemacht oder systematisch erschwert wird, ein Leben evangelischer Christen zu führen.“

Spielregeln inkl. Platzverweis

Die Wettbewerbsordnung wird als Disziplinierungsinstrument verstanden, dass die Sünde etwa den „Mammonsdienst“, den „Dämon der Habgier“ in die Schranke verweisen soll. Für die Ordoliberalen ist der Preismechanismus in erster Linie nicht ein Mittel zur effizienten Faktorallokation, sondern ein Disziplinierungsinstrument für die willensschwachen Wirtschaftsakteure in dem „wirtschaftlichen Alltag mit seinen alltäglichen Versuchungen“. Ihre lutherische Anthropologie beförderte auch ihr Misstrauen gegen die Versuchungen der Politik. Daher das Bestreben, Bundesbank und Kartellbehörde unabhängig von der Regierung, dem Parlament und den Verbänden zu halten. Regulierung und Ordnung ist die Aufgabe eines starken Staates, der Spielregeln aufstellt und überwacht, einschließlich des Platzverweises.



Abb.: 1: Rote Karte: Zeichen für den Platzverweis

Der französische Großdenker Michel Foucault arbeitete in einer späten Vorlesung sehr klar diese Differenz zwischen Walter Eucken und Milton Friedmann – also zwischen Freiburg und Chicago – als zwei Modi des Liberalismus heraus. Jedoch mit dem Akzent auf die erzieherische, er nennt sie unglücklicherweise biopolitische, deutsche Variante. Fazit: Nicht nur die politische Wissenschaft, auch die Wirtschaftswissenschaft wollte nach dem unbegreiflichen Zivilisationbruch den Bürger erziehen und ihn vor sich selber schützen.

Wilfried Streeck, Präsident des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, beschreibt den Fortgang sehr präzise: „Der demokratische Staat war gedacht als Instrument planmäßiger politischer Gestaltung der Gesellschaft. Gesteuerte und steuernde Demokratie waren dasselbe. Die Sozial-

wissenschaften erschienen hierfür unentbehrlich. So wie die Keynes'sche Makroökonomie als Anleitung zur Bedienung und Beherrschung des zur Wohlstandsmaschine umdefinierten Kapitalismus verstanden wurde, sollten Politikwissenschaft und Soziologie dem gesellschaftssteuernden Staat Auskunft über Lage und Bedürfnisse seiner Bevölkerung geben, ihn bei der Ordnung seiner Ziele und der effizienten Organisation seiner Entscheidungsprozesse unterstützen, ihm Informationen über die voraussichtlichen Folgen und Nebenfolgen seiner Interventionen und über die latenten Funktionen der von ihm zu gestaltenden sozialen Institutionen liefern und ihm die Nutzung und Berücksichtigung vermuteter Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichen.“ (MPIfG Working Paper 08-7, S. 9 ff.)

Neue Formen der Steuerung

Wir Akteure von damals, Ende der sechziger Anfang der siebziger Jahre, hielten uns im Feld der Sozialpolitik als Teil einer Befreiungsbewegung, die nach dem Untergang der agrarischen Großfamilie die Mitglieder der industriegesellschaftlichen Kleinfamilie aus den unwürdigen Fesseln der mildtätigen Unterstützung durch Angehörige befreiten, indem wir sie der Anonymität der gesetzlichen Sozialversicherung anvertrauten.

Wir wollten, dass dies effizient geschieht, und vertrauten auf neue Formen der Steuerung. Dies war die Epoche der Sozialen Indikatoren und der Sozialberichterstattung. Der Output staatlichen Handelns sollte gemessen und aufgezeigt werden und nicht nur der fiskalische Aufwand. Heute nennt man dies in der Betriebswirtschaft Controlling. Es war ein internationales Movement junger Sozialwissenschaftler in Wissenschaft und Verwaltung. Wir hatten das Vertrauen, mehr Rationalität ins Regierungshandeln zu bringen. Die Beteiligung der Bürger am Regierungsgeschehen war nicht auf unserer Tagesordnung. Es war vielmehr die Epoche der öffentlichen institutionalisierten Kooperation der Regierung mit den Verbänden – und zwar oberhalb der bisherigen in der Geschäftsordnung vorgesehenen Verbandsanhörungen. Ich denke an die konzertierte Aktion des Wirtschaftsministers, die sozialpolitische Gesprächsrunde des Arbeitsministers. Die Verbände ihrerseits, ob Arbeitgeber oder Gewerkschaften, waren an mehr politischer Mitbestimmung, nicht aber an der internen Mitbestimmung ihrer Mitglieder interessiert, im Gegenteil: Kampfverbände fühlten sich dadurch nur in ihrer Schlagkraft geschwächt.

Eine halbe Generation später war dieses Vertrauen in das steuernde Regieren von oben nicht nur bei den Handelnden verloren, sondern auch für eine neue Generation von Wissenschaftlern und Journalisten fraglich geworden. Und zwar in zweierlei Hinsicht. Das beginnt mit der veränderten Vorstellung von der Möglichkeit zu steuern überhaupt. Ich zitiere wieder Streeck, den Leiter einer Einrichtung, die Steuerungstheorie als Zentrum ihres Lebenszwecks betrachtete, das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. „Das Projekt einer Steuerungstheorie des demokratischen Interven-

tionsstaats scheiterte an dessen spätestens in den achtziger Jahren einsetzendem Struktur- und Funktionswandel. In dem Maße, wie im Zuge von Liberalisierung und Internationalisierung in Märkte eingebettete Staaten an die Stelle von in Staaten eingebetteten Märkten traten, verlor die Vorstellung von Politik als planmäßiger Selbstumformung staatlich verfasster Gesellschaften nach Maßgabe kollektiv beschlossener Ziele an Realitätsgehalt.“ (ebenda)

Es gibt keine Lehrbücher für Volkswirtschaftslehre oder Vorlesungen über Nationalökonomie mehr. Es heißt jetzt Wirtschaftswissenschaft oder Economics. Die geschwächte Rolle des Nationalstaates bei der Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung findet ihren Ausdruck in der wachsenden Popularität des Begriffs der „governance“. Der Begriff meinte zunächst die Kunst der Konzertierung verschiedener Akteure auf ein intendiertes kollektives Ziel hin. So versteht ihn auch der vhw, der die Rolle des Staates nicht als Protokollführer des Ergebnisses eines ungeplanten privaten Zusammenwirkens einer Vielzahl voneinander unabhängiger Einzelner sieht oder gar wünscht.

Vom aktivierenden Staat zur Ich-AG

Es gibt aber auch ein zweites Element, das eher auf einen Mentalitätswandel bei den gesellschaftlichen Leitmilieus in den neunziger Jahren zurückgeht. Diese Leitmilieus mit ihrem Akzent auf Selbstverwirklichung haben das Empfinden (ich zitiere wieder aus der Literatur: Lothar Behnisch und Wolfgang Schroer schreiben in einem Essay zu „Bürgergesellschaft und Sozialpolitik“): „(...) der Sozialstaat entfremde den aus seinen überkommenen sozialen Bezügen und Lebensformen gelösten Menschen von der aktiven Verantwortungsübernahme für seine eigene Lebensführung, ja er ‚verstaatliche‘, kollektiviere die Verantwortung für den individuellen Lebenslauf und das Gemeinwohl – und dies in einer Zeit, in welcher der Mensch gerade auf seine eigene Biographie als sein vorrangiges soziales Projekt verwiesen sei.“ (APuZ 29.3.2004 S.16)

Der aktivierende oder ermöglichende Staat nimmt von dieser Position aus seinen Siegeszug in der Politik. Der Kulminationspunkt ist die Ich-AG. Dabei wird die Stadt oder die Region als politische Gestaltungsräume von Aktivbürgern (vgl. etwa die städtischen Bürgerstiftungen der neunziger Jahre) neu entdeckt, nachdem die politischen Gestaltungsmodelle, die sich in den Diskussionen der siebziger Jahre vor allem auf gesellschaftliche Großgebilde – wie eben den Sozialstaat – bezogen, am Ende des 20. Jahrhunderts als nicht mehr gestaltungsfähig erschienen. Genau hier ist unser Ansatzpunkt. Hier müssen wir analysieren, was wir als vhw leisten können.

Die Rolle des vhw

Bereits Anfang der neunziger Jahre hat Axel Honneth in einem Beitrag für den Merkur¹ darauf hingewiesen, dass wenn eine

weitere Demokratisierung angestrebt wird, was wir ja wollen, folgende Punkte beachtet werden müssen:

- Erstens muss gezeigt und demokratietheoretisch normativ legitimiert werden, ob und wie praktisch innerhalb der parlamentarischen Demokratie die politische Teilhabe verstärkt werden kann. Den theoretischen Part hierzu kann der vhw nicht leisten. Das wäre wirklich vermessen. Auf der Lohnliste der Bundesländer standen im Jahre 2006 1.975 Soziologen und 956 Politologen. Auf die Produktion dieser Wissenschaftler in Regimentsstärke können und werden wir zurückgreifen, aber nicht als Konkurrenz auftreten. Den praktischen Part allerdings werden wir uns vornehmen, natürlich nur soweit es unser Arbeitsfeld Wohnen und Städtebau betrifft. Ein Feld übrigens, und das wird oft vergessen, das bereits über mehr praktische Erfahrung verfügt als fast alle übrigen Bereiche unserer Gesellschaft und das deswegen am ehesten Pioniermodelle auf den Markt bringen kann, eben weil es im Dialog mit den Bürgern die meiste Erfahrung hat.
- Zweitens gilt es, so Honneth, die soziokulturellen und motivationalen Ressourcen für eine weitere Demokratisierung darzulegen. Auch und gerade da sind wir als vhw in unserem Segment im Augenblick Marktführer. Wir haben soziologische Milieustudien zusammen mit der Firma Sinus Sociovision in den Immobilienbereich allgemein – und das ist wichtig in die Erforschung der Partizipationsbereitschaft im Besonderen – eingebracht. Wir können darüber hinaus dazu verlässliche Aussagen nicht nur für die Gesamtbevölkerung, sondern auch durch eine Spezialstudie für Bewohner mit Migrationshintergrund machen.
- Drittens sei es nötig, so Honneth, einen machttheoretischen Realismus einzuführen, mit dem schließlich eine sozioökonomische Überprüfung der Konzepte eingefordert werden kann. Das wird uns in der Alltagspraxis in aller Härte begegnen, wenn wir das demokratische Gespräch dort stärker verankern wollen. Die Schwimmwesten liegen schon unter dem Sitz.



Abb. 2: Gebotszeichen M15 „Rettungsweste“

Aber ist das nicht vermessen? Auf welchen Baustellen muss man arbeiten? Welche Materialkenntnisse muss man haben? Welche Statik muss man berechnen und einbauen, wenn das fertige Gebäude gute Noten in den Fächern Stabilität, Zweckmäßigkeit und nicht zuletzt Anmut haben soll, die uns Vitruv in seinem Architekturlehrbuch vorgegeben hat?

¹ A. Honneth Desintegration, Frankfurt, 1994 S. 80-89

Ich zähle die Sprödigkeit des Materials auf, die wir bei der Arbeit kennen und mit der wir umgehen müssen. Ich beginne mit der Gruppendynamik öffentlicher Diskussionen. Als Studenten wurde uns als bestes Lehrbuch der Gruppenpsychologie der Film „Die 12 Geschworenen“ mit Henry Fonda in der Hauptrolle angepriesen. Hier kommen alle Untiefen des Gruppendenkens zum Vorschein. Wie kommt es, dass auf Gruppendiskussionen bisweilen so wenig Verlass ist? Selbst da, und das ist selten, wo alle Teilnehmer sprachlich gleich gewandt und debattengeübt sind, wo also Habermas die Lufthoheit hat. Weil Gruppendiskussionen die Fehler oder Fehleinschätzungen der Individuen unter Umständen nicht nur reproduzieren, sondern sogar verstärken. Weil Gruppen dazu tendieren, das, was alle ihre Mitglieder schon wissen, höher zu gewichten als das, was nur wenige wissen. So laufen sie Gefahr, Schlüsselinformationen, die einige besitzen könnten, ungenutzt zu lassen.

Eng damit verbunden sind die sogenannten Kaskadeneffekte: Wer Teil einer Kaskade wird, schließt sich bereits gegebenen Einschätzungen deswegen an, weil sie schon gegeben worden sind. Er tut dies entweder, weil er zu glauben geneigt ist, wenn so viele andere für richtig halten, was sie für richtig halten, werde schon etwas daran sein – oder er tut es, weil er sozialem Druck nachgibt, weil er nicht auffallen, nicht ausscheren möchte.

Schließlich gibt es noch ein weiteres fatales Gruppenphänomen, das sich in Experimenten aufs Unschönste bestätigen lässt; es kennzeichnet typischerweise politische oder weltanschauliche Gruppen: Nach Diskussionen vertreten sie im Ganzen extremere Auffassungen als vorher; sie bestätigen sich mit einem guten Diskursgewissen in ihren Meinungen und verstärken deren Tendenzen bis hin zu einer fraglosen Selbstsicherheit und einem ebensolchen Vertrauen in das eigene Urteil. Bei Wahlveranstaltungen ist dies sogar der Zweck der Übung. Das ist nur dann erfreulich, wenn das Urteil eher der Wahrheit als der Unwahrheit entspricht – oder: eher einer vernünftigen als einer unvernünftigen Meinung (wie auch immer diese Unterscheidung im Einzelnen getroffen werden mag). Die Unerfreulichkeit wächst, führt man sich vor Augen, dass der Extremismus innerhalb solcher Diskursgemeinschaften zur Polarisierung zwischen konkurrierenden, etwa „liberalen“ und „konservativen“, Gruppierungen beiträgt.

Rahmenbedingungen der Debatten justieren

Mit anderen zu Rate gehen, mit ihnen Meinungen und Argumente austauschen – das kann also auch dumm machen. Anders gesagt: Dass Menschen überhaupt miteinander Kontakt haben, bringt durchaus die Gefahr der Verbreitung von Irrtümern mit sich. Wer dies weiß und sich trotzdem für unser Projekt der Bürgerbeteiligung stark macht, muss die Rahmenbedingungen der Debatten so justieren, dass sich Schwarminelligenz auch wirklich entfalten kann. Ohne differenzierte

geschulte Moderation von neutralen Nichtbegünstigten und Nichtbetroffenen nach gründlicher Vorbereitung wird es selten gut gehen.

Trotzdem sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen fürs Gelingen besser denn je: Ich gebe zu, ich habe gestutzt, als ich erstmals gelesen habe, dass eine plausible und erhellende Bezeichnung der heutigen deutschen Gesellschaft der Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ sei. Joachim Fischer, der in Dresden Architektursoziologie liest, meint, es sei aussichtsreich, in dem Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“ diagnostisch drei Elemente zusammenzuziehen: den angelsächsischen Begriff „Civil Society“, der die Struktur der politischen Selbstverwaltung im Auge habe; die deutsche Begriffstradition, welche die ökonomischen Strukturen des Kapitalismus betont – denken Sie an Marx, und diese beiden Begriffe – drittens, noch zusätzlich durch das Moment der Kultur, das im „Bildungsbürgertum“ mit angesprochen ist, anzureichern, ohne dabei die drei „Größen“ der bürgerlichen Gesellschaft aufeinander zu reduzieren, indem man einer den Vorrang einräumt.



Abb. 3: Einmachglasbeschriftung Standard (www.flickr.com)

Soziologische Einmachglasbeschriftungen

Soziologisch habe sich bei uns am Ende des 20. Jahrhunderts geschichtlich so etwas wie ein wechselseitiges Anerkennungsverhältnis zwischen Bourgeoisie, Citoyen- oder Vereinsbürgertum und kritischem Bildungsbürgertum eingespielt – Akteursgruppen, die hinsichtlich ihrer Formation nicht aufeinander zurückgeführt werden können und die historisch das immer in sich heterogene „Bürgertum“ bildeten.

Wenn dem so ist, und mich überzeugt das mehr als „Risikogesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“ und was es an soziologischen Einmachglasbeschriftungen sonst noch geben mag, also wenn dem so ist, dann sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine deliberative Demokratie in Deutschland gar nicht so schlecht. Deshalb halten wir unsere Erzählung und unser Projekt nicht für vermessen und wischen, wenn auch behutsam, das Fragezeichen hinter dem Wort von der Tafel. Wir glauben nämlich, dass wir gebraucht werden. In Zukunft mehr als heute.

Krisen – persönliche, wirtschaftliche und politische – lassen Personen wie Systeme anders zurück als vor ihrem Eintritt. Selbst wenn sie – was historisch eher die Ausnahme ist – zu keiner mentalen Veränderung der Vorstellungswelt führen, ist diese anschließend jedoch bewusster und reflektierter. Die Finanzkrise von 2008 ist so ein Einschnitt, von dem später über die Zeit davor und die Zeit danach gesprochen und geschrieben werden wird.

Mentale und materielle Veränderungen

Die Deutungsmuster jetzt schon vorzulegen ist unvorsichtig. In den letzten 100 Jahren sind zu viele Brüche erfolgt und ist zu viel zu Bruch gegangen, als dass man naiv Prognosen machen kann. Auf der Baustelle für Zukunftsszenarien kann man aber einige Materialien schon heute abladen, ohne Gefahr zu laufen, dass sie während der Bauzeit nicht gebraucht würden. Ich beginne mit einigen Mentalitätsveränderungen:

- Die überlegen auftrumpfende Rationalität des ökonomischen Systems und seiner Akteure und Interpreten wird für mindestens zwei Generationen öffentlich und wissenschaftlich in Frage gestellt sein. Ökonomie als Leitwissenschaft, die alle Bereiche dominierend durchdringt, wird eine bescheidenere, aber immer noch hoch und wichtige interessante Aspektwissenschaft neben anderen. Für unser Feld der Immobilie heißt das: Dass bereits vorhandene und durchdachte Bewertungsschemata der Immobilienbewertung auch tatsächlich angewendet werden können, wird sich in allen Ländern der Welt durchsetzen.
- Die Bedeutung und die Macht und die Verantwortung des politischen Systems und der Justiz werden wieder zunehmen. Der Druck auf den Staat, die Rahmenbedingungen neu zu setzen und so zu justieren, dass die irrationale Seite des Wirtschaftens eingehegt wird, wird bleiben und zu Ergebnissen führen. Das wird das Selbstbewusstsein des politischen Systems als Retter der Wirtschaft erhöhen und seinen geforderten Rückzug aus der Gesellschaft verlangsamten, wenn nicht stoppen. Dass Gemeinwohl nicht mit Gruppen ausgehandelt werden muß sondern in deren wohlverstandem Interesse verfügt werden kann, hat für den Staat wieder an Plausibilität gewonnen.
- Dass nicht nur die unter demografischen Stress geratene staatliche Alterssicherung, sondern auch die private Vorsorge am Kapitalmarkt keine sichere Bank ist, wird auf Dauer nicht unter dem Teppich gekehrt bleiben. Die schnelle Aktivität der Politik auf die Finanzkrise hat die Furcht vor dem Zusammenbruch der privaten Alterssicherungssysteme mit ihren politischen Folgen zum Paten.

Daneben gibt es nicht nur mentale, sondern auch materielle Veränderungen:

- Die massiven staatlichen Stützungsmittel werden die Defizite aller öffentlichen Haushalte in Dimensionen verlängern,

die in Friedenszeiten als unvorstellbar galten. Die Debatte über die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird sich verschärfen.

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bleibt ständig auf der Tagesordnung. Die Steuerbelastung wird nicht sinken können.
- Die Inflationsgefahr wird der eher biederen langlebenden Immobilie bald verzeihen, dass der fahrlässige bis kriminelle Umgang mit ihr die Finanzkrise ausgelöst hat. Der enorme Anlagedruck der privaten Alterssicherungssysteme wird nicht nur die Gewerbe-, sondern auch die Wohnimmobilie bei sehr bescheidenen Renditen wieder interessant machen. Bleibt abzuwarten, ob die öffentliche Hand dann auch ihren verbliebenen Wohnungsbesitz als „systemrelevant“ betrachtet.

Die Szenarioschreiber finden auf ihrer Baustelle Materialien vor, die schon vor der Finanzkrise dort deponiert waren:

- Den stufenweise Rückgang der Bevölkerung in den meisten Ländern der ersten Welt. Er wird die Abwanderung aus dem ländlichen Raum erzwingen.
- Das absehbare Ende der Nutzung fossiler Energie. Wenn das Verkehrssystem sich nicht auf andere Energiequellen umstellt, wird sich die Landflucht in die Ballungszentren beschleunigen. Energiesparen wird sehr unpopuläre Einschnitte in Lebensgewohnheiten erzwingen.
- Das Ende der Illusion von den einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland. Historisch gab es zwar so etwas nie, aber bei nicht zu großen Unterschieden konnten sie vorübergehend staatlich angestrebt werden. Inzwischen sind die Abstände zwischen armen und reichen Regionen allerdings zu groß geworden, um je staatlich angeglichen werden zu können.

Was immer die Futurologen der Bürgergesellschaft aus dieser Materialsammlung entwerfen werden, eines ist sicher: Politik wird ein schweres und unerfreuliches Geschäft. Auch Wahlsieger sollten ihr Kondolenzbuch auslegen. Die Kommunikation der unpopulären Botschaft: Wenn wir wollen, dass alles bleibt wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert. Mit den störrischen Bürgern kostet dies Zeit und Nerven und verlangt Überzeugungskraft. Politik braucht dabei Hilfe. Die kommunikative Bürgergesellschaft wird dringend gebraucht.

Verbände wie der vhw, die bei diesem Dialog mit Instrumenten und Ideen und Fortbildung mithelfen wollen und die nicht zusätzliche Anforderungen an das bereits überforderte politische System stellen, sind in Zukunft „systemrelevant“.

Reinhart Chr. Bartholomäi

Verbandsratsvorsitzender des vhw e.V.